



Protokollauszug
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 16.10.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 TOP 1 Betriebsausschuss Stadtentwässerung

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

TOP 2 TOP 2 Betriebsausschuss Stadtentwässerung

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

TOP 3 Saatkrähen - Vergrämung am Innenstadt- Vorl.Nr. 306/25
Campus

Geänderter Beschluss:

Der ~~Gemeinderat~~ *Mobilitäts- und Umweltausschuss* stimmt, vorbehaltlich der Ausnahme nach §45 Abs. 7 i.V.m. §44 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) durch die Untere Naturschutzbehörde, den Maßnahmen zur Vergrämung der Saatkrähe am Innenstadt-Campus durch einen Falkner sowie begleitenden Maßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses und führt in den Tagesordnungspunkt ein. In einem Termin beim Landratsamt wurde abgeklärt, dass eine Bejagung der Saatkrähen möglich sei, wenn mildere Mittel nicht zum Erfolg geführt haben. Sofern ein Beschluss in dieser Richtung gefasst werde, werde die Verwaltung eine Ausnahmegenehmigung beim Landratsamt beantragen. Die Kosten für eine Bejagung wären vollumfänglich seitens der Stadt zu tragen.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, über die Vorlage. Seit der letzten Sitzung habe es Gespräche mit dem Falkner, der Stadt Laupheim und der unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt gegeben. Aus Denkmalschutzgründen dürfen keine festen Dächer am Schulgebäude als Überdachung angebracht werden. Ein Segel als Schutz sei für den Kot der Saatkrähen keine Lösung, da bezüglich der Standfestigkeit ein immenser Eingriff in den Wurzelraum der Bäume erforderlich wäre. Die KI gestützte akustische Vergrämung mit 4 Lautsprechern sei nicht befriedigend gewesen. In dem Diagramm (Seite 7) werde die Aktivität der Krähen im Winter angezeigt, Während der Brutzeit sei im gesamten Tagesverlauf eine gewisse Geräuschkulisse vorhanden. Die Stadt Laupheim hatte bis 2024 über 5-6 Jahre eine intensive Bekämpfung der Saatkrähe durchgeführt. Nach 5 Jahren würden weiterhin Kosten im fünfstelligen Bereich anfallen, für einen Falkner der sporadisch im Einsatz wäre. Der Mitarbeiter betont, dass die Krähen nicht gesteuert werden können und nicht vorhersehbar sei, wo sie hinziehen. An anderer Stelle müssten eventuell zusätzliche Maßnahmen eingeleitet werden. Eine Kolonie könnte sich auch aufsplitten und die Vermehrung in den gesplitteten Kolonien stärker voranschreiten. In Laupheim hatten die Krähen nach der ersten Bejagung verschiedene andere Orte eingenommen und mussten von dort vergrämt werden, bis sie ihren Platz in einem Gehölz neben der Autobahn gefunden hatten.

BM **Mannl** stellt fest, dass die Bejagung eine Vergrämungsmaßnahme sei und ein Risiko bestehe, die Krähen dann woanders im Stadtgebiet zu haben.

Stadträtin **Dr. Knoß** verdeutlicht, dass man für eine Vergrämung wissen müsste, wohin die Tiere gehen sollen. Saatkrähen bevorzugen Platanen und ähnlich aussehende Bäume. Bei einer Splittung der Kolonie habe man eine Bestandsvermehrung, da die dominanten Alt-Krähen die guten Nester belegen und oftmals junge Krähen keinen guten Brutplatz bekommen. Bei einer Splittung der Kolonie gelinge es dann auch den Jungenkrähen einen guten Brutplatz zu bekommen. Die Methode einen Falkner einzusetzen sei die schlimmste Methode und werde von Tierschutzorganisationen abgelehnt. Sie fragt, wer für die Kosten eines

Tierarztes aufkomme oder durch Schäden, die die herabfallenden Saatkrähen verursachen. Die beste Konfliktminimierung soll durch Aufklärungsarbeit zur Lebensweise der Saatkrähen erzielt worden sein, um ein Verständnis für die nützlichen Tiere zu schaffen. Der Lärm der Krähen liege nachgewiesen unter dem Verkehrslärm. Bezüglich des Kotes schlägt Stadträtin Dr. Knoß eine temporäre Dachkonstruktion am Eingang des Friedrich-Schiller-Gymnasiums vor.

BM **Mannl** betont, dass alle milderer Mittel und Maßnahmen zur Vergrämung geprüft wurden. Er fordere vom Gremium eine Richtungsentscheidung.

Stadtrat **Passaro** stellt klar, dass der CDU-Fraktion das Kindeswohl wichtiger sei als das Tierwohl. Er fragt, ob eine Ei-Entnahme aus den Nestern möglich sei. Er habe Zuschriften von Anwohnern rund um das Tierheim erhalten, da das Tierheim zur Auswilderung der Tiere Futter um das Tierheim herum auslege, welches auch die Saatkrähen anziehe. Rund um den Favoritepark seien die Krähen aber weniger störend, als um den Schulcampus. Stadtrat Passaro betont, dass die Schüler und Lehrer die Missstände beklagt haben. Es handle sich nicht nur um den Schuleingang, sondern der gesamte Weg zur Schule sei gepflastert mit Exkrementen und toten Küken. Der Einsatz der KI habe zu einem Anstieg von ca. 30 Brutpaaren geführt und die nächste Eskalationsstufe solle gegangen werden. Der Preis für den Falkner sei abschreckend, aber was sei das Kindeswohl wert.

BM **Mannl** stellt fest, dass entgegen dem Beschlussvorschlag der Mobilitäts- und Umweltausschuss über die Vorlage entscheiden könne und diese Entscheidung nicht im Gemeinderat getroffen werden müsse (siehe oben gestrichen und kursiv eingefügt).

Stadtrat **Remmele** weist darauf hin, dass der Einsatz eines Falkners eine Art des Jagens sei. Grundsätzlich halten sich Tiere in der Stadt auf und er sei dagegen so viel Geld auszugeben.

Stadträtin **Liepins** fragt sich, weshalb die Anzahl der Krähen, trotz der durchgeführten Maßnahmen, zugenommen habe. Sei halte die Nest- und Ei-Entnahme für sinnvoll. Es könne nicht das Ziel sein die Krähen von einem Schulgelände in das nächste zu vergrämen. Sie bittet darum, es ein weiteres Jahr mit einer Nest- und Ei-Entnahme zu versuchen und sie möchte nicht, dass Bäume gefällt werden.

Auch Stadtrat **Ziemann** hält eine Vergrämung nicht für zielführend und für zu teuer. Er schlägt den Rückschnitt und eine Ei-Entnahme vor.

Den Einsatz von 500.000 € erachtet auch Stadtrat **Eisele** für heftig. Er kritisiert die bestehenden Bundesnaturschutzgesetze. Er möchte wissen, ob bei Falknern auch Vergleichsangebote eingeholt werden können und ob noch andere Städte Erfahrungen mit dem Einsatz eines Falkners gemacht haben.

Stadtrat **Tübek** spricht sich dagegen aus, diesen hohen Betrag für eine unsichere Maßnahme zu investieren.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen ergänzt, dass die Ei-Entnahme bei der Taube funktionieren würde, aber leider nicht bei der Saatkrähe, da diese intelligenter seien und einfach Eier nachlegen würden. Dieser Versuch sei in anderen Städten erfolglos gewesen. Der vom Falkner eingesetzte Wüstenbussard töte nicht aktiv die Krähen, sondern setze sie dauerhaft unter Stress, damit sie woanders hinziehen. Um den Prozess zu beschleunigen werden weitere Vögel wie Uhu, Habicht oder Sperber eingesetzt, wodurch es dann zu Tötungen kommen könnte. Dies sei durch den Falkner steuerbar und er sei darum bemüht, dass keine Gefahr für die Verkehrsteilnehmer und Vögel bestehe. Einschränkungen durch gesperrte Wege wären möglich. Es wurde ein Antrag bei der unteren Naturschutzbehörde gestellt, bezüglich Baumrückschnitt, Nestentnahme, den Einsatz der KI-Lautsprecher und eines Falkners. Die Rückmeldung dazu stehe noch aus. Jede Maßnahme werde durch die Naturschutzbehörde reglementiert und sie gebe vor, bis wann welche Maßnahme durchgeführt werden dürfe. Sobald der Brutzeitraum beginne, dürfe auch keine Nestentnahme mehr erfolgen. Am Mörike Gymnasium werden bereits in der Umwelt AG Bildungseinheiten zum Thema angeboten und die Schüler führen jährliche Zählungen durch. Es sei ein deutschlandweiter Trend, dass die Saatkrähenpopulation zunehme. Sie kommen mit dem urbanen Umfeld, wie auch dem Klimawandel gut klar, das Nahrungsangebot sei überall vorhanden und es gebe kaum natürliche Feinde. Eine Dezimierung war früher in der aktiven Bejagung in der Landwirtschaft begründet. Die wenigsten Falkner seien auf die Jagd von Saatkrähen spezialisiert, oder im Stande das personell zu stemmen und die Anzahl der Tiere vorzuhalten. Der Erfolg in vielen Städten mittels eines Falkners stelle sich nicht unmittelbar ein.

Stadträtin **Dr. Knoß** erklärt, dass die Krähen ihre Jungen überwiegend mit Insekten, Mäusen und Ratten aufziehen.

Stadtrat **Passaro** erwähnt nochmals, dass alle mildereren Maßnahmen bereits erfolglos durchgeführt worden seien und das Kindeswohl wichtig sei.

Stadträtin **Liepins** sieht die Lösung ausschließlich in einer Reduzierung der Tiere, nicht in einer Vergrämung.

BM **Mannl** fasst zusammen, dass in jedem der letzten Jahre die Bäume zurückgeschnitten und die Nester entnommen wurden. Der Einsatz eines Falkners werde Auswirkungen auf diese Population haben, aber man wisse nicht, wo die Krähen hinziehen werden. Für den Landkreis müsse nicht aufgezeigt werden, wo die Tiere hinziehen. Nach all den erfolglos durchgeführten Maßnahmen wäre der Einsatz eines Falkners die nächste Eskalationsstufe. Auch die bisherigen Maßnahmen, die Baumpflege, das Monitoring, die Lautsprecher und die teure Reinigungsleistung, hätten viel Geld gekostet. Rechtlich vorgegeben, dürfen keine angebrüteten Eier aus den Nestern entnommen werden.

Stadtrat **Eisele** stellt den Antrag, die Maßnahme anstatt für 5 Jahre, für 3 Jahre zu beschließen, mit der Option einer Verlängerung um 2 Jahre. In den Jahren 2027 und 2028 soll dem Gremium das Monitoring vorgestellt werden, um den Erfolg der Maßnahme zu beurteilen.

Stadträtin **Fritz** fragt, ob die Abholzung an der Deponie in Poppenweiler auf die Krähenpopulation Einfluss gehabt habe.

Die Saatkrahen seien schon immer in der Stadt gewesen erwidert der **Mitarbeiter**, beginnend mit dem ersten Brutpaar im Jahr 2005.

Den Krähen müsste die Nahrung entzogen werden, schlägt Stadtrat **Remmele** vor.

BM **Mannl** stellt klar, dass eine Maßnahme eingestellt werde, wenn sie keinen Sinn mache und lässt über den Antrag von Stadtrat Eisele abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt BM **Mannl** über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Er stellt fest, der geänderte Beschlussvorschlag und der Antrag von Stadtrat Eisele seien damit abgelehnt. Er nehme mit, dass die bisherigen Maßnahmen vorerst weitergeführt werden sollen.

Beschluss:

1. Der Entwurfs- und Baubeschluss für die Umgestaltung der Grünfläche und des Spielplatzes beim Burkinischen Dorf / Grünes Zimmer wird gefasst.
Grundlage ist die beiliegende Entwurfsplanung (Anlage 1 - 2).

Die Gesamtprojektkosten in Höhe von 225.000 Euro inkl. Mehrwertsteuer werden genehmigt.
Der städtische Anteil liegt, durch die Förderquote von 80 % bei 45.000 Euro.
2. Dem Konzept für die Weiterentwicklung des Burkinischen Dorfes wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird bei Stimmengleichheit mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** führt in den Tagesordnungspunkt ein. Die Figuren vor Ort die das Leben in Afrika dokumentieren sollen seien verblichen, die Hütte sei in die Jahre gekommen und Beschädigungen an verschiedenen Stellen wurden festgestellt. Der allgemeine Zustand des Dorfes verursache im Unterhalt massive Aufwendungen. Nach der Förderzusage im Sommer 2024, sei die Verwaltung in zügige und kompakte Planungen eingestiegen. Mit kleinen städtischen Mitteln könne durch die Förderung die gesamte Fläche aufgewertet werden. Es könne ein klimaneutraler, sicherer Ort geschaffen werden, um Klimapartnerschaften sichtbar zu machen.

Eine **Mitarbeiterin** des Referates Stadtentwicklung, Klima und Internationales erläutert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist, die Vorlage.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen fährt in der Präsentation fort (Seite 4) und stellt den Entwurf und die Konzeption vor. Der Schnurbaum werde auf der Garagendachfläche nicht seine endgültige Größe erreichen, komme aber sehr gut mit Trockenheit zurecht. Die Schnur- und Trompetenbäume sollen auf den neu geschaffenen Hügeln oben gepflanzt werden, wo mehr Boden zur Verfügung stehe. Die Spielgeräte (Seite 8) seien nicht gut für kleine Kinder geeignet. Am Spielplatz Karlstraße (Seite 9) sei geplant eine Schaukel zu ersetzen und die dafür geplante Investition von 20.000 € könnte für den Platz beim Burkinischen Dorf verwendet werden. Im Gegenzug würden die beiden Spielgeräte (Oktaeder und das drehende Rad) den Spielplatz Karlstraße aufwerten. Aus den 20.000 € könnten durch das Förderprogramm NKK - Natürlicher Klimaschutz in Kommunen 80.000 € Fördergelder generiert werden und beim Burkinischen Dorf Spielmöglichkeiten mit einer besseren Begrünung zulassen. Ein Kokon in Illingen im Wald (Seite 10) sei die Inspiration gewesen für die Planung des Kletterturmes. Kinder können hier im Schatten durchklettern, um auf einer Plattform anzukommen. Der Kletterturm mit Rutsche und Anbaugeräten solle in einer Sandfläche stehen. Die Rutsche aus Edelstahl sei nach Norden ausgerichtet, damit sie sich nicht so stark aufheize.

Die **Mitarbeiterin** des Referates Stadtentwicklung, Klima und Internationales geht in der Präsentation weiter (Seite 13). Beiden Klimapartnerschaften Kongoussi und Ambato solle dort künftig Rechnung getragen werden und der Unterhalt praktikabel sein. Sinnvolle Informationen sollen der Bürgerschaft über eine Info-Steele geliefert werden und welchen Beitrag die Klimapartnerschaften leisten. Die Galerie (Fotos) an der Mauer bleibe erhalten und die burkinische Hütte werde instandgesetzt und weiterentwickelt.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen ergänzt, dass mit bestehenden Masten der Bereich besser ausgeleuchtet werden könne. Er erläutert die Finanzierung und die Zeitschiene (Seiten 15 und 16).

BM **Mannl** betont, dass mit einer kleinen Summe eine große Förderung generiert werden könne. Die gute Planung werde die Innenstadt auf und nichts zu tun sei keine Alternative.

Stadträtin **Wiedmann** weist darauf hin den Kletterturm so zu konzipieren, dass auch Eltern notfalls hinaufklettern und die Kinder oben im Turm nicht herausklettern können. Eine Beschattung des Turmes wäre wünschenswert. Sie befürwortet, dass die alten Spielgeräte wiederverwendet werden. Sie fragt, ob die grünen beweglichen Stühle erhalten bleiben, ob die neuen Fototafeln verblassen können und was mit dem Spieltisch in der Hütte geschehen werde.

Stadtrat **Passaro** erwähnt, dass mit dieser Vorlage der CDU-Antrag (318/21) „Mehr Grün und schattige Plätze in der Innenstadt“ mit aufgenommen worden sei. Er kritisiert, dass es in Ludwigsburg deutlich heruntergekommenere Orte gebe und halte die Planungen für überzogen. Der Freundeskreis Burkina Faso habe vor zwei Jahren den Vorschlag gemacht die verblichenen Figuren wieder in Stand zu setzen und die Hütte zu sanieren. Der Eigenanteil der Stadt sollte hier bei 4.500 € liegen, was für die Fraktion vorstellbar wäre. Er fragt, wie lange die Stadt daran plane und was an Planungsleistungen angefallen seien. Dem Vorschlag könne mehrheitlich nicht zugestimmt werden.

Auch Stadtrat **Peifer** halte den Eigenanteil von 45.000 € zu hoch und schlägt vor, die Auszubildenden der TDL mit einzubeziehen.

Stadträtin **Liepins** halte es für ein schwieriges Thema. Die Planungen seien schön, aber die Stadt könne sich diese schönen Plätze nicht mehr leisten. Die Zuschüsse für die Vereine werden gekürzt und man wisse nicht, ob diese überleben werden. Der Arsenalplatz sei mit viel Geld und edler Ausstattung gebaut worden. Ein Teilbereich des Schillerplatzes und die Grünfläche St. Paulus wurden umgestaltet. Auch das Höfle im Scala wurde umgestaltet und habe auch fast nichts gekostet. Der Platz der Religionen wurde mit 62.000 € geplant und man hoffe auf Fördermittel. Der Platz um die Katholischen Kirche wurde zurückgestellt. Stadträtin Liepins wundere sich, weshalb bei einer Umgestaltung von Plätzen fast alles umsonst sei. Es sei bekannt gewesen, dass der Verein Burkina Faso etwas verändern wolle. Die Verwaltung habe daraus ein großes Projekt mit einer viertel Million € gemacht. Es gebe andere Plätze wie der Solitudeplatz, die verdreckt seien. Auch eine Bepflanzung der Grünfläche werde dem Rathaushof bezüglich der Hitze nicht helfen. Das Thema Spendenanfrage sei aus ihrer Sicht ausgeschöpft. Auf dem Arsenalplatz sei man mit dem Anfragen nach Spenden nicht weit gekommen. Der Eigenanteil sei zwar für die Stadt gering, aber an vielen Stellen fehle das Geld. Sie fragt, was die Klimapartnerschaft mit Südamerika koste und beinhalte.

Auch Stadtrat **Ziemann** sehe für die Planungen keine finanziellen Möglichkeiten. Die Stadt könne sich dies im Moment nicht leisten.

Stadtrat **Eisele** halte die Klimapartnerschaften für eine vernünftige Sache, aber ein derartiges Projekt würde in der heutigen Zeit aufgrund der finanziellen Lage nicht mehr angegangen werden. Das Dorf, wie auch Schulen und Straßen, seien in die Jahre gekommen. Die Verwaltung springe jedem Fördertopf hinterher und er fragt, weshalb der Garten der Religionen hier nicht miteingeplant wurde. Die Fraktion habe einen Antrag gestellt den Garten der Religionen bezüglich des Platzes und der Ausgestaltung im Gemeinderat zu beraten.

Stadtrat **Tübek** fände es gut Ressourcen bündeln zu können. Mit wenig Geld könnte ein schöner Ort entstehen und er begrüße das Projekt.

BM **Mannl** erläutert zur Förderkulisse, dass die Städte sich durch den Städte- und Gemeindetag vertreten lassen und dafür werben, Gelder über Förderprogramme zu erhalten. Es gehe um eine klimagerechte Stadt und Grün in der Stadt. Das Thema sei vor zwei Jahren deutschlandweit gefordert worden und die Regierungen haben aufgrund dessen nun Förderungen ermöglicht. Es sei klar, dass die Stadt heute mit diesem Projekt nicht mehr starten würde, aber zum damaligen Zeitpunkt sei es richtig gewesen. In diesem Konflikt sollten auch Beziehungen zu Fördermittelgebern geschützt werden. Die Förderungen wurden gefordert, der Städteverbund habe sie zur Verfügung gestellt und nun werden sie nicht abgerufen. Damit tue sich BM Mannl schwer und empfehle dringend die Fördermittel zu investieren, um auch ein Zeichen zu setzen.

Stadträtin **Wiedmann** erwähnt, dass Ludwigsburg im Sommer von der deutschen Umwelthilfe mit der roten Karte versehen worden sei und zu den heißesten Städten in Baden-Württemberg gehöre. Es sei ein Anfang und eine Pflichtaufgabe mehr Schattenplätze für alle zu schaffen.

Stadträtin **Liepins** erwähnt, dass das Förderprogramm an verschiedenen Stellen in der Stadt eingesetzt werden könne, aber für den Rathaushof und den Marktplatz könne keine Verbesserung erzielt werden. Es gehe nicht darum Fördermittel verfallen zu lassen. Sie habe vorgeschlagen den Platz der Religionen hier zu integrieren. Die Bäume müssen an der richtigen Stelle gepflanzt werden und dort, wo es am dringendsten notwendig sei. Die Fraktion befürworte das Burkinische Dorf mit geringen Mitteln zu verbessern.

Die **Mitarbeiterin** des Referates Stadtentwicklung, Klima und Internationales ergänzt, dass die Informationen an der „Galerie an der Mauer“ einmal im Jahr gewechselt werden könnten und die Tafeln keine dauerhaften Installationen seien. Der Spieltisch in der Hütte sei ein Kosten-Thema. Die Hütte werde nicht neu aufgebaut, sondern instandgesetzt und mit Informationstafeln weiterentwickelt. Mit Ambato gebe es zum Thema Fachkräftemangel ein Praktikant*innen Programm mit Ludwigsburger Unternehmen, wie den Stadtwerke, MANN + HUMMEL und der Volksbank. Zum Thema Kooperationen mit den Hochschulen gebe es Verbindungen. Verschiedene Stiftungen würden sich hier einbringen. Der städtische Eigenanteil soll durch weitere Sponsoren reduziert werden.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen informiert, dass die beweglichen Stühle bleiben werden. Der Turm würde viel Schatten spenden und die Luke zum Durchklettern sei sehr klein. Die Brüstung sei so ausgestaltet, dass keine Kinder runterfallen können. Ein Fallschutzbereich sei vorgeschrieben. Der Hinweis, dass Eltern notfalls auch hochklettern können müssen, werde an den Planer weitergegeben. Es sei relativ schnell gearbeitet worden und die bisherigen Planungsleistungen haben nicht lange gedauert. Für den Planer des Spielplatzes sei ein Aufwand in Höhe von 2.000 € entstanden. Der Platz soll gemeinsam mit der TDL und den Auszubildenden umgestaltet werden. Wenn der Garten der Religionen integriert worden wäre, wäre die Fläche für den Spielbereich kleiner gewesen. Da es nicht viele Spielplätze in der Innenstadt gebe, wollte man den Bereich nicht verkleinern. Der Dialog der Religionen habe den Standort am Solitudeplatz als sehr gut empfunden. Das Förderprogramm NKK fördere Grünflächen, auf denen sich keine Bäume befinden, deshalb sei diese Auswahl getroffen worden.

Der **Vorsitzende** des Förderkreises Burkina Faso teilt mit, dass es Maßnahmen für einen Projektzeitraum von drei Jahren gebe. Die Stadt stelle einen Antrag für die Klimapartnerschaft für drei Jahre mit einem Volumen von 300.000 -400.000 €. Der Bund fördere die Maßnahmen mit 90%, der Förderkreis übernehme 2,5-5 % und den Rest die Stadtverwaltung. Vor über drei Jahren wurden nach einem Förderantrag auf Sichtbarmachung der Klimapartnerschaft 43.000 € bereitgestellt worden. Der Bund suche Kommunen, die sein Engagement zur Klimapartnerschaft in anderen Staaten begleiten. Deshalb sei in Ludwigsburg zwei Jahre lang der Kongoussi Express (Bus) gefördert worden. Der Förderkreis erkläre sich bereit 5% von dem Eigenanteil der Stadt zu übernehmen. Ludwigsburg sei schon immer gut darin gewesen Fördermittel zu akquirieren. Es sei nicht verkehrt für globale und nationale Ziele oder Landesziele mit einem kleinen Eigenanteil eine große Förderung zu erhalten. Die Restaurierung der Hütte könne mit 90% gefördert werden. Der Verein selbst bekäme nur eine Förderung in Höhe von 75% vom Bund.

BM **Mannl** macht darauf aufmerksam, dass man Hoffnung habe, den verbleibenden städtischen Anteil weiter reduzieren zu können. Er lässt über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.